

ZBB 2000, 187

AO §§ 30, 370; EGV Art. 73b; StPO §§ 102, 103

Zur Rechtmäßigkeit eines Durchsuchungsbeschlusses wegen Vermögenstransfers ins Ausland

LG Detmold, Beschl. v. 11.08.1999 – 4 Qs 78/99 (rechtskräftig), WM 2000, 769

Leitsatz:

Der für einen Durchsuchungsbeschluß hinsichtlich einer Steuerverkürzung notwendige Anfangsverdacht folgt daraus, daß in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Einführung der sogenannten Zinsabschlagsteuer Vermögenstransfers in außergewöhnlichem Umfang von Kunden der von der Durchsuchung betroffenen Bank getätigt worden sind. Ein solcher Anfangsverdacht liegt nicht nur bezüglich des anonymen Erwerbs von Tafelpapieren, sondern auch bezüglich des Geldtransfers in nicht anonymisierter Form vor.